

Ä1 zu A1: Arbeitsprogramm 2024

Antragsteller*innen SB Innenstadt

Antragstext

Von Zeile 60 bis 61:

Steigende Jugendarbeits- und Perspektivlosigkeit wollen wir nicht weiter hinnehmen.
Europa[Zeilenumbruch]
muss mehr Soziales wagen.

Klimagerechtigkeit & Transformation der Wirtschaft

Die Umweltkrise ist ungerecht. Es leiden diejenigen, die es nicht verdient haben. Die Politik wälzt die Bewältigung der Krise auf und Endverbraucher*innen ab. Wir sollen Energie sparen. Wir sollen weniger Fleisch essen. Wir sollen weniger Auto fahren. Doch wer ist hauptverantwortlich für die Umweltkrise? Die fünf größten CO2-Verursacher sind: Energieerzeugung, Industrie, Verkehrs-, Gebäude-, und Landwirtschaft. Deswegen darf Klimaschutz nicht nur eine Frage von individuellen Ressourcenverbrauch sein, sondern wir müssen Sorge tragen, dass die Wirtschaft nachhaltig wird. Nachhaltig heißt soziale und ökologische Ziele verbinden. Umweltmaßnahmen dürfen keine Einkommens- und Lebensverhältnisse beeinträchtigen. Das heißt, eine Abkehr von einer Wirtschaft, die Mensch und Natur ausraubt, hin zu einer regenerativen Wirtschaft, die die Ökosystem wiederherstellt und der Gerechtigkeit dient. Dafür braucht es das Abschaffen klimaschädlicher Subventionen, Förderung nachhaltiger Lieferketten, Sicherstellen des Schutzes und Stärkung natürlicher Senken wie Wälder, Moore, und dem Ozean, Förderung nachhaltiger Industrien (klimaneutrale Produkte und emissionsfreie Produktionsverfahren) und das Stärken der Zusammenarbeit zwischen Klima- und Menschenrechtspolitik. Lasst uns gemeinsam für die Transformation der Wirtschaft einsetzen, die die Endlichkeit der Ressourcen berücksichtigt und ausnahmslos alle am Wohlstand beteiligt.

Nach Zeile 82 einfügen:

- [Bildungsveranstaltung zum Thema nachhaltige Wirtschaft](#)
- [Filmabend "Klimagerechtigkeit in der Stadt"](#)
- [Aktion zum Earth Overshoot Day](#)

Begründung

Neben den sozialen und demokratiefeindlichen Krisen, die im Arbeitsprogramm 2024 beschrieben sind, ist die zentrale Krise unserer Zeit die Umweltkrise. Die Umweltkrise trifft in besonderem Maße jene Bevölkerungsgruppen, die bereits jetzt von Ungleichheit, Diskriminierung und Armut betroffen sind."

Deswegen fordern wir, dass die Köln Jusos eine starke Stimme gegen die Benachteiligung in der sozial-ökologischen Transformation wird. Dass wir uns gemeinsam dafür einzusetzen, dass das Soziale in der Bewältigung der Umweltkrise nicht vergessen wird. Dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass diejenigen – vornehmlich reiche Wirtschaftsunternehmen, die Hauptverursacher der Umweltkrise sind – zur Verantwortung gezogen werden. Dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass Köln ein Vorbild wird, wenn es heißt: klimagerechte Stadtentwicklung und nachhaltige Wirtschaft.

Denn wenn im Arbeitsprogramm davon gesprochen wird, dass die Welt unsere sein muss, dann müssen wir dafür Sorge tragen, dass es auch eine Welt gibt, die unsere sein kann.

Ä2 zu A1: Arbeitsprogramm 2024

Antragsteller*innen SB Nippes

Antragstext

Von Zeile 8 bis 12 löschen:

Ein Blick auf Köln lässt leider keinen anderen Schluss zu: Diese Welt gehört den Reichen und Mächtigen. ~~Sie wird von elitären Politiker*innen verwaltet, die das Leben derer, die sowieso schon viel haben, immer besser machen und das Leben derer, die nicht vom Glück geküsst sind, kein bisschen interessiert.~~ Durch jeden Stadtbezirk ziehen sich Linien, häufig schon in Veedel erkennbar. Reich und arm,

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä3 zu A1: Arbeitsprogramm 2024

Antragsteller*innen JUBV

Antragstext

Von Zeile 8 bis 12:

Ein Blick auf Köln lässt leider keinen anderen Schluss zu: Diese Welt gehört den Reichen und Mächtigen. ~~Sie~~ Diesen Menschen dürfen wir politische Mandate nicht überlassen, denn dadurch wird ~~von elitären Politiker*innen verwaltet, die~~ das Leben derer, die sowieso schon viel haben, immer besser ~~machen~~ gemacht und das Leben derer, die nicht vom Glück geküsst sind, ~~kein bisschen interessiert~~ leben nicht besser. [Leerzeichen]

Ä4 zu A1: Arbeitsprogramm 2024

Antragsteller*innen Ehrenfeld

Antragstext

Nach Zeile 103 einfügen:

- Wir fordern ein öffentlich einsehbares Online-Archiv für die bisher beschlossenen Anträge. Hierfür soll der Vorstand der Jusos Köln bis zur nächsten UBDK 2025 auf der Homepage der Jusos Köln ein Beschlussbuch veröffentlichen und dieses dann jährlich pflegen.

Ä1 zu A4: Kinder aller Stadtbezirke vereinigt euch Spielplätze für das 21. Jahrhundert als Orte der Teilhabe begreifen

Antragsteller*innen SB Lindenthal

Begründung

Des Weiteren sollen auch barrierefreie Spielgeräte auf jedem Spielplatz eingerichtet werden

Ä1 zu A6: Einführung einer individuellen Upgrademöglichkeit vom Schüler:innenticket zum Deutschlandticket

Antragsteller*innen SB Innenstadt

Antragstext

Von Zeile 1 bis 16:

Kölner Schulen, andere als viele in NRW, haben ~~von der Möglichkeit das Schüler:innen-ÖPNV-Ticket in ein Deutschlandticket umzuwandeln nicht ergriffen, damit Schüler:innen finanziell nicht mit dem Differenzbetrag auf die 49€ belastet werden. Jedoch gehört zum Erwachsenwerden auch, über den Tellerrand des eigenen Verkehrsverbundes hinaus zu blicken. Dies ist jedoch, selbst bei ermäßigten Bahntickets oftmals eine Frage der finanziellen Möglichkeiten, was im Falle von Schüler:innen meist mit der sozialen Herkunft zusammenhängt. Daher fordern wir eine individuelle Upgrademöglichkeit des Schüler:innen-ÖPNV-Tickets. Konkret stellen wir uns dies so vor, dass Schüler:innen bei Mobilitätsbedarf über die VRS-Grenzen hinaus individuell ein Monatsticket in Höhe des Differenzbetrages zum Deutschlandticket bei der KVB erwerben können, das dann in Kombination mit dem Schüler:innenticket als Deutschlandticket im Nahverkehr gültig ist. In der Anwendung würde sich dies schon ab der ersten Reise nach Düsseldorf z.B. in den Jugendlandtag lohnen.~~ die Möglichkeit das Schüler:innen- ÖPNV Ticket in ein Deutschlandticket umzuwandeln nicht ergriffen, damit Schüler:innen finanziell nicht mit dem Differenzbetrag zwischen dem Schülerticketpreis und den 49€ des Deutschlandtickets belastet werden. Jedoch gehört zum Erwachsenwerden auch, über den Tellerrand des eigenen Verkehrsverbundes hinaus zu blicken. Dies ist jedoch, selbst bei ermäßigten Bahntickets oftmals eine Frage der finanziellen Möglichkeiten, was im Falle von Schüler:innen meist mit der sozialen Herkunft zusammenhängt. Daher fordern wir eine die Umwandlung des KVB-Schülertickets zu einem Deutschlandticket. Hierbei sollen die aktuellen Kosten für das Schülerticket unverändert bleiben, sodass alle Schüler:innen die Möglichkeit haben, an Schulausflügen teilzunehmen, Verwandte zu besuchen und den öffentlichen Nahverkehr ungehindert zu nutzen. Auf diese Weise erhöht sich die Mobilität und Chancengleichheit von finanziell benachteiligten Schüler:innen erheblich.

~~Umsetzungsbedenken bestehen dabei nicht, da dies genau das Modell ist, mit dem Studierende ihr Semesterticket zum Deutschlandticket upgraden können.~~

Begründung

Wir würden gerne die Maximalforderung stellen und plädieren dafür auf den Differenzbetrag zu verzichten. Die einheitliche Regelung, die der ursprüngliche Antrag fordert, bleibt.

Ä1 zu A7: Den „letzten Safe Space für Männer“ entern Gleichstellung von queeren und heterosexuellen Personen bei der Anerkennung der Elternschaft

Antragsteller*innen SB Lindenthal

Antragstext

Oft liest man in populärkulturellen Medien Sätze wie: “In den ersten Tagen und Wochen einer Elternschaft sind alle Elternteile völlig erschöpft.” Aber queere Eltern noch aus einem weiteren Grund:

Mutter eines Kindes ist nach geltendem Recht die Frau, die das Kind geboren hat. Bei verheirateten heterosexuellen Paaren wird der nichtgebärenden Ehemann automatisch Elternteil des Kindes, während bei verheirateten lesbischen Paaren das nichtgebärende Elternteil das eigene Kind adoptieren muss, um Elternteil zu sein. Für nicht-binäre Personen oder schwule Paare fehlt es gänzlich an einer Regelung.

Zum 16. Januar 2024 hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein Eckpunktepapier zur Reform des Abstammungsrechts vorgelegt. Diese sollen lesbischen Paaren die bisherige – mit erheblichen Kosten und Mühen verbundene – “Stiefkindadoption”. abnehmen, indem lesbische Paare und heterosexuelle Paare vollständig gleich gestellt werden. Diese Möglichkeit begrüßen wir ausdrücklich und fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sie zeitnah Gesetz werden zu lassen.

Andere Punkte zu einer vollständigen Gleichstellung queerer Elternpaare sind allerdings im Eckpunktepapier nicht enthalten:

So formuliert das Eckpunktepapier nicht deutlich, ob nicht-binäre Personen als „Elternteil“

eingetragen werden oder ihnen weiterhin durch Eintragung als „Vater“ oder „Mutter“ ein binäres Geschlecht zugeordnet wird.

Für schwule Paare fehlt es völlig an Regelungen, da dem Kind stets eine biologische Frau als rechtliche Geburtsmutter zugeordnet bleibt. Somit kann nur ein Partner die rechtliche Vaterschaft und das Sorgerecht erlangen, während der andere Partner allenfalls sorgerechtliche Befugnisse erlangen kann. Sorgerechtliche Befugnisse kennt das Gesetz derzeit nicht, diese sollen mit einem parallelen Gesetzentwurf zum Sorgerecht, Umgangsrecht und Adoptionsrecht eingefügt werden, zu dem gleichzeitig ein Eckpunktepapier vorgelegt wurde. Dieser zeigt, dass die rechtlichen Eltern Inhabende eines „kleinen Sorgerechts“ jederzeit überstimmen können und sogar das „kleine Sorgerecht“ einseitig entziehen können. In einer schwulen Partnerschaft droht daher ein konfliktbehaftetes Ungleichgewicht.

Wir stellen daher folgende Forderungen an ein modernes Familienrecht:

Queeren Paaren müssen ebenso wie heterosexuelle Paare die Möglichkeit haben, die Elternschaft zu erlangen.

Nicht-binäre Personen dürfen nicht zu einer Geschlechtsfestlegung gezwungen werden. Für eine Gleichstellung queerer Paare muss auch schwulen Paaren die Möglichkeit eröffnet werden, dass beide Partner die rechtliche Vaterschaft erlangen können.

Begründung

In der ursprünglichen Antragsfassung konnte der Eckpunkteentwurf zum neuen Abstammungsrecht noch nicht berücksichtigt werden, der Punkte des Ursprungsantrags in wesentlichen Teilen aufgreift. Der Antrag soll daher nun auf die Entwürfe des Bundesfamilienministeriums Bezug nehmen und aufzeigen, wo dieser noch keine Gleichstellung queerer und heterosexueller Paare ermöglicht.

Ä3 zu A8: Nie wieder ist jetzt und auch in Zukunft!

Antragsteller*innen SB Lindenthal

Antragstext

Von Zeile 1 bis 3:

Der 7. Oktober war ein einschneidender Tag. Rund 1200 Menschen wurden ermordet, ~~davon 40 geköpft~~ **Babies** und viele weitere Menschen verletzt. Das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Zeit des Nationalsozialismus. Frauen, Männer und Kinder wurden abgeschlachtet

Begründung

Der Nahostkonflikt ist ein hochsensibles Thema, deswegen ist es wichtig ist, Fakten von Falschmeldungen zu unterscheiden. Die Meldung der angeblich 40 geköpften Babies, geht auf eine israelische Journalistin zurück, diese Meldung wurde jedoch nicht durch das Militär oder andere offizielle Stellen bestätigt. Siehe

<https://edition.cnn.com/2023/10/12/middleeast/israel-hamas-beheading-claims-intl/index.html>

<https://news.sky.com/story/its-important-to-separate-the-facts-from-speculation-what-we-actually-know-about-the-viral-report-of-beheaded-babies-in-israel-12982329>

**Ä1 zu A9: Schwimmen lernen ohne dabei finanziell unter zu gehen -
Sozialverträgliche Preise bei der Kölner Bäder GmbH um Teilhabe möglich
zu machen**

Antragsteller*innen SB Lindenthal

Redaktionelle Änderung

Zeile 20: Streiche junge Menschen und ersätze durch "KiTa Kinder, Schüler:innen,
Studierende, Auszubildende und Arbeitssuchende sowie Sozialhilfebeziehende

Ä2 zu A10: Zuverlässige Mobilität - Buslinie 134

Antragsteller*innen SB Lindenthal

Redaktionelle Änderung

Füge hinzu nach Zeile 11

"3. Alle Buslinien sollen bis zum Betriebsschluss mindestens im Zweistudentakt verkehren."

Ä1 zu A11: Zuverlässige Mobilität - Stündlicher Bahnverkehr

Antragsteller*innen Jusos Kalk

Begründung

Einfügen nach Zeile 15:

Alternativ kann auch ein On-Demand-Service wie „ISI“ in den Nachtstunden eingesetzt werden, sofern es in Abo-Tickets inklusive und auch in den Außenbezirken verfügbar ist.

Begründung:

Ggf. kann es in den Nachtstunden unter der Woche, wenn wenige Fahrten ressourcenschonender sein Minibusse oder ähnliches ohne feste Route Statt Nachbussen und Bahnen einzusetzen. Wichtig ist dass alle ans Ziel kommen, welche Option sinnvoller ist kann durch Stadtverwaltung und KVB geprüft werden.

Ä1 zu A16: Hoch die internationale Solidarität mit Israel!

Antragsteller*innen SB Rodenkirchen, SB Lindenthal

Antragstext

Von Zeile 1 bis 3:

Die Jusos Köln schließen eine Zusammenarbeit mit Young Struggle, der Internationalen Jugend, dem Solinetzwerk, Zora, dem Frauenkollektiv und dem Frauenkollektiv SDS Köln aus. Dazu gehören insbesondere gemeinsame Veranstaltungen, offizielle

Begründung

Seit dem 7. Oktober ist auch der SDS in Köln immer wieder durch antisemitische Aussagen und Aktionen aufgefallen. Bereits eine Woche nach dem Massaker rief der Verband zu einer propalästinensischen Kundgebung auf. Diese wurde von der palästinensischen Gemeinde Bonn angemeldet, die Folgendes über Facebook verkündeten: „Zig gefangene Besatzungssoldaten und Panik unter Soldaten und Siedlern. Wir in der palästinensischen Gemeinde bekunden unseren Stolz auf diese harten palästinensischen Kämpfer, die alle Barrieren überwunden haben, und bekunden, dass wir an ihrer Seite stehen.“ [\[1\]](#)

Besonders die führenden Personen der Gruppe fallen immer wieder durch antisemitische Äußerungen auf. Neben dem bekannten Slogan „from the river to the sea“ wurde der israelische Botschafter im Zuge seines Besuchs an der Uni Köln als „Genozid-Botschafter“ bezeichnet. Der SDS hält diesen Mitgliedern stets den Rücken frei und teilte auf Instagram selbst auch die Schmiererei am Hauptgebäude der Uni mit dem Inhalt: „Kein Forum für Genozid. Free Gaza“.

[\[1\]](#)

<https://www.report-k.de/demonstrationen-auf-dem-koelner-heumarkt-es-blieb-friedlich>

Ä2 zu A16: Hoch die internationale Solidarität mit Israel!

Antragsteller*innen SB Lindenthal

Redaktionelle Änderung

Änderungsantrag:

Sollten mehrere weitere Organisationen an einem solchen Ereignis oder Bündnis beteiligt sein, zieht sich der JUBV aus der Zusammenarbeit zurück und informiert die weiteren Gruppen über die Gründe hierfür.

Ersetze durch

In linken Bündnissen wirken die Jusos auf einen Ausschluss bzw Nicht-Kooperation mit oben genannten Gruppen hin, sodass diese Bündnisse stark und geeint bleiben. Wenn es nicht gelingt antisemitische Gruppen aus unseren Bündnissen herauszuhalten, erst dann ziehen wir uns aus diesen Bündnissen zurück.

Ä3 zu A16: Hoch die internationale Solidarität mit Israel!

Antragsteller*innen Juso HSG

Antragstext

Von Zeile 1 bis 3:

Die Jusos Köln schließen eine Zusammenarbeit mit Young Struggle, der Internationalen Jugend, dem Solinetzwerk, Zora~~und~~, dem Frauenkollektiv ~~aus~~und dem SDS Köln. Dazu gehören insbesondere gemeinsame Veranstaltungen, offizielle

Von Zeile 6 bis 7 einfügen:

sein, zieht sich der JUBV aus der Zusammenarbeit zurück und informiert die weiteren Gruppen über die Gründe hierfür. [Den Umgang mit dem SDS an der Universität zu Köln regelt ein eigener Beschluss der Juso Hochschulgruppe im Detail.](#)

Begründung

Seit dem 7. Oktober ist auch der SDS in Köln immer wieder durch antisemitische Aussagen und Aktionen aufgefallen. Bereits eine Woche nach dem Massaker rief der Verband zu einer propalästinensischen Kundgebung auf. Diese wurde von der palästinensischen Gemeinde Bonn angemeldet, die Folgendes über Facebook verkündeten: „Zig gefangene Besatzungssoldaten und Panik unter Soldaten und Siedlern. Wir in der palästinensischen Gemeinde bekunden unseren Stolz auf diese harten palästinensischen Kämpfer, die alle Barrieren überwunden haben, und bekunden, dass wir an ihrer Seite stehen.“ [1]

Besonders die führenden Personen der Gruppe fallen immer wieder durch antisemitische Äußerungen auf. Neben dem bekannten Slogan „from the river to the sea“ wurde der israelische Botschafter im Zuge seines Besuchs an der Uni Köln als „Genozid-Botschafter“ bezeichnet. Der SDS hält diesen Mitgliedern stets den Rücken frei und teilte auf Instagram selbst auch die Schmiererei am Hauptgebäude der Uni mit dem Inhalt: „Kein Forum für Genozid. Free Gaza“.

Die Juso Hochschulgruppe unterstützt den Änderungsantrag der SB Rodenkirchen

und Lindenthal, um den SDS Köln in die Liste der von der Zusammenarbeit ausgeschlossenen Gruppierungen aufzunehmen. Die Juso HSG benötigt jedoch aufgrund der speziellen Situation an der Universität zu Köln selbst eine verbindliche Regelung für den Umgang mit dem SDS. Derzeit ist nicht klar, ob dieser Antrag Gültigkeit für die Hochschulgruppe hat oder sich lediglich auf die Jusos Köln bezieht. Des Weiteren ist der SDS für die HSG primär eine Fraktion im Studierendenparlament. Für den Umgang mit anderen Fraktionen bedarf es präziseren und umfangreicheren Regelungen als sie der ursprüngliche Antrag erhält. Nach dem Ursprungsantrag müsste sich die Juso HSG beispielsweise aus dem TVStud-Bündnis zurückziehen. Die HSG würde damit einer Gruppe, welche sich offen antisemitisch äußert, das Feld im studentischen Arbeitskampf überlassen. Dies kann nicht in unserem Interesse sein.

[1]

<https://www.report-k.de/demonstrationen-auf-dem-koelner-heumarkt-es-blieb-friedlich>

Ä1 zu A17: Leididee für die Mobilität in Köln

Antragsteller*innen Jusos Mülheim/Jusos Nippes

Antragstext

Wir fordern: Bei der Neugestaltung von Straßen und Mobilität sollen sich alle SPD-SBs an folgenden Leitlinien orientieren:

1. Stärkung des Umweltverbundes (ÖPNV + Rad + Fußverkehr) durch

- **Ausbau des ÖPNVs:**
 - **Situative Bevorzugung des Bussverkehrs z.B. durch Busspuren (besonders in den Außenbezirken)**
 - **Barrierefreier Ausbau/Umbau der ÖPNV-Infrastruktur**

- **Intensiver Ausbau/Umbau der Radinfrastruktur:**
 - **Qualitativ: Durch eine bauliche Trennung zur Fahrbahn (bietet Sicherheit)**
 - **Quantitativ: Anzahl der Radwege**

- **Stärkung des Fußverkehrs:**
 - **Breit ausgebaute Gehwege**
 - **Ausweitung von Fußgänger*innenzonen**

2. Zurückdrängung des MIVs (mobilisierten Individualverkehrs) durch

- **Push-Maßnahmen:**
 - **Reduzierung von Parkplätzen**
 - **Erhöhung der Parkgebühren**
 - **Sozialverträgliche Erhöhung der Preise für Bewohner*innenparkausweise**

Ä2 zu A17: Leididee für die Mobilität in Köln

Antragsteller*innen SB Lindenthal

Redaktionelle Änderung

Streiche Zeile 17 zu Parkgebühren

Ä3 zu A17: Leididee für die Mobilität in Köln

Antragsteller*innen Jusos Kalk

Begründung

Ersetzen Zeile 10-11 durch:

- Qualitativ:

- o Mehr Sicherheit durch einen physischen Schutz zwischen Radwegen bzw. Radspuren und der Fahrbahn (insbesondere geschützte Radfahrstreifen)
- o Ausreichende Breite um dem Radverkehr das Überholen zu ermöglichen
- o Bei baulichen Radwegen die Schaffung einer Sichtbeziehung an Kreuzungen

Begründung:

Ein baulich getrennter Radweg als Hochbordradweg bietet oft nur gefühlte Sicherheit, da viele Unfälle dadurch passieren, dass Radfahrende beim Abbiegen durch Autofahrer*innen übersehen werden. Insbesondere wenn sich parkende Autos zwischen Hochbordradweg und Fahrbahn befinden sind Radfahrende einer doppelten Gefahr ausgesetzt. Durch sich öffnende Türen und dadurch dass Autofahrer*innen die Radfahrer*innen nicht im Blick haben. Der Antragstext könnte dahingehend verstanden werden, dass vermehrt solche Hochbordradwege gefordert werden. Hier gibt es mit „protected bikelanes“ (geschützte Radfahrstreifen) jedoch sicherere Lösungen, die zudem zu weniger Konflikten zwischen Rad- und Fußverkehr führen.

Qualität hat zudem weitere Aspekte, wie eine ausreichende Mindestbreite.

Ä4 zu A17: Leididee für die Mobilität in Köln

Antragsteller*innen SB Rodenkirchen

Antragstext

Von Zeile 1 bis 3:

Wir fordern: Bei der Neugestaltung von Straßen und Mobilität sollen sich ~~alle SPD-SBs~~ an folgenden Leitlinien ~~orientieren~~ orientiert werden:

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

- **Qualitativ: Durch eine bauliche Trennung zur Fahrbahn (bietet Sicherheit) ab einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h oder höher**

In Zeile 14 einfügen:

- **Breit ausgebaute Gehwege auf 2,50 m**

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä1 zu A18: Mehr Wumms für BOMs

Antragsteller*innen SB Rodenkirchen

Antragstext

Von Zeile 4 bis 5 einfügen:

einfließen und die Vereinsdichte in den Stadtbezirken angemessen gewürdigt werden.

Im Sinne der Stärkung der Bezirke werden die BOM für alle Bezirke erhöht.

Ä1 zu A19: Weniger CO2 für Merz' Mittelschicht - Landeverbot für Privatjets an deutschen Flughäfen

Antragsteller*innen Jusos Mülheim

Antragstext

Da wir die Nutzung von Privatjets als Ausdruck für eine ungleiche Verteilung von Ressourcen und als unnötige Quelle von Treibhausgasemissionen in Mitten einer Klimakatastrophe betrachten, fordern wir ein Start- und Landeverbot für Privatjets an deutschen Flughäfen.

Ä1 zu A21: Mehr Raum für Drogen!

Antragsteller*innen SB Innenstadt

Antragstext

Von Zeile 17 bis 18 einfügen:

Eröffnung eines weiteren Drogenkonsumraums in Köln-Kalk erfolgreich abzuschließen.
Gleichzeitig fordern wir eine größere Finanzierung, um eine ordentliche Drogenkonsumraum-Infrastruktur zu gewährleisten. Das bedeutet eine mehr Drogenkonsum-Räume (bspw. Neueinrichtung eines Raumes am Appellhofplatz), mehr Sozialarbeiter*innen zur Betreuung und Verbesserung der bereits bestehenden Konsumräume.

Begründung

Es geht für uns nicht nur um Kalk, sondern das Problem gibt es in ganz Köln. Wir sollten hier strukturelle Bedingungen verändern und keine Einzellösungen schaffen.

Ä1 zu A22: “Wir bieten dir” einen Scheiß

Antragsteller*innen Jusos Mülheim

Antragstext

Arbeitgeber*innen sollen dazu verpflichtet werden, künftig bei Stellenausschreibungen Angaben, die dem gesetzlichen Mindeststandard entsprechen, als solche zu kennzeichnen und nicht als besondere Benefits zu deklarieren.

Ä1 zu A23: Keine Diskussion: Lotta bleibt!

Antragsteller*innen SB Innenstadt

Antragstext

Von Zeile 1 bis 26 löschen:

~~Seit 1995 ist die Lotta in der Südstadt eine Institution. Von einem Kollektiv geführt, verbindet sie seit Jahren Kneipe, Kultur und Politik in einzigartiger Weise. Ob als altlinker Punk bei diversen Punkrockabenden, besserwisserischer Theorie-Nerd beim Kneipenquiz oder einfach als Freund:in eines gepflegten Kölschs: In der Lotta fühlen sich Linke wohl. In dieser Rolle strahlt die Lotta weit über die Innenstadt hinaus.~~

~~Nun soll das Haus am Kartäuserwall 12, in dem die Lotta beheimatet ist, verkauft werden. Die Betreiber:innen befürchten, dass der Verkauf zu einem ähnlichen Schicksal führen könnte, wie es das Nachbarhaus erlitt: Dieses wurde vor einigen Jahren nach dem Verkauf Stück für Stück entmietet und abgerissen. Aktuell entstehen dort hochpreisige Wohnungen. Das Lotta-Kollektiv warnt, dass dies nicht nur die Lotta in ihrer Existenz, sondern auch die Mietenden in den Wohnungen über der Lotta bedrohen würde. Deshalb hat das Lotta-Kollektiv die Initiative "Auftrag Südstadt" gegründet, die derzeit an der Gründung eines Vereins arbeitet. Ziel ist es, das Haus, in dem die Lotta ist, zu kaufen und in eine soziale Nutzung zu überführen. Die Lotta: "Das genaue Modell für eine soziale Übernahme des Hauses befindet sich noch im Entstehungsprozess. Wie genau es aussehen soll, wird sich in den nächsten Wochen entscheiden."~~

~~Die Gentrifizierung von Stadtteilen, die horrenden Inflation der Mietpreise und die stetige Verdrängung von Kunst- und Kulturräumen sowie linken Treffpunkten ist uns Jusos schon seit langem ein Dorn im Auge. Auch die Südstadt ist von dieser Entwicklung seit Jahren unübersehbar betroffen. Wir erklären uns deshalb uneingeschränkt solidarisch mit dem Lotta-Kollektiv und ihren Plänen, diesen wichtigen Kulturraum zu schützen und beizubehalten.~~

~~Wir fordern deshalb:~~

Begründung

Seit 1995 ist die Lotta in der Südstadt eine Institution. Von einem Kollektiv geführt, verbindet sie seit Jahren Kneipe, Kultur und Politik in einzigartiger Weise. Ob als

altlinker Punk bei diversen Punkrockabenden, besserwisserischer Theorie-Nerd beim Kneipenquiz oder einfach als Freund:in eines gepflegten Kölschs: In der Lotta fühlen sich Linke wohl. In dieser Rolle strahlt die Lotta weit über die Innenstadt hinaus. Nun soll das Haus am Kartäuserwall 12, in dem die Lotta beheimatet ist, verkauft werden. Die Betreiber:innen befürchten, dass der Verkauf zu einem ähnlichen Schicksal führen könnte, wie es das Nachbarhaus erlitt: Dieses wurde vor einigen Jahren nach dem Verkauf Stück für Stück entmietet und abgerissen. Aktuell entstehen dort hochpreisige Wohnungen. Das Lotta-Kollektiv warnt, dass dies nicht nur die Lotta in ihrer Existenz, sondern auch die Mietenden in den Wohnungen über der Lotta bedrohen würde.

Deshalb hat das Lotta-Kollektiv die Initiative "Auftrag Südstadt" gegründet, die derzeit an der Gründung eines Vereins arbeitet. Ziel ist es, das Haus, in dem die Lotta ist, zu kaufen und in eine soziale Nutzung zu überführen. Die Lotta: "Das genaue Modell für eine soziale Übernahme des Hauses befindet sich noch im Entstehungsprozess. Wie genau es aussehen soll, wird sich in den nächsten Wochen entscheiden."

Die Gentrifizierung von Stadtteilen, die horrenden Inflation der Mietpreise und die stetige Verdrängung von Kunst- und Kulturräumen sowie linken Treffpunkten ist uns Jusos schon seit langem ein Dorn im Auge. Auch die Südstadt ist von dieser Entwicklung seit Jahren unübersehbar betroffen. Wir erklären uns deshalb uneingeschränkt solidarisch mit dem Lotta-Kollektiv und ihren Plänen, diesen wichtigen Kulturraum zu schützen und beizubehalten.

Ä1 zu A24: Noch einmal Jungfrau für 2500€

Antragsteller*innen SB Mülheim

Antragstext

Von Zeile 4 bis 5:

~~2. Ärztliche Pflicht zur Aufklärung über das Hymen und den Mythos des Jungfernhäutchens.~~ 2. Ärzt*innen sollen verpflichtet werden, Frauen, die eine "Jungfernhäutchen Rekonstruktion" wünschen oder nach Möglichkeiten suchen, ihre Jungfräulichkeit zu beweisen, ein Beratungsgespräch anzubieten. Dieses Gespräch soll dazu dienen, über den Mythos des Jungfernhäutchens, die Anatomie des Hymens und Alternativen zur Operation aufzuklären.

In Zeile 11 einfügen:

4. Aufklärungspflicht in der Schule durch Sexualberater*innen.

Ä2 zu A24: Noch einmal Jungfrau für 2500€

Antragsteller*innen SB Mülheim

Antragstext

Von Zeile 2 bis 3:

1. Die Kosten für eine „~~Hymenoplastik~~“„Hymenoplastik“ dürfen nicht höher sein als die dabei entstehenden Material- und Personalkosten, ~~die dabei entstehen~~.

Von Zeile 6 bis 8:

3.[Leerzeichen]Ausbau von Anlaufstellen für Frauen und Mädchen, die ~~kultur-traditionellem~~dem kulturell-traditionellen oder ~~religiösem-Druck~~religiösen Druck des Konstrukts „~~Jungfernhäutchen~~“„Jungfernhäutchen“ ausgesetzt sind. Damit einhergehend sollen kostenfreie Angebote für effektivere und weniger radikale

Ä2 zu A25: Knallhartes Verbot: Verkaufs- und Nutzungsverbot von Böllern

Antragsteller*innen SB Innenstadt

Antragstext

Von Zeile 15 bis 17:

Brände sind tragische Folgen, die oft mit der euphorischen Stimmung des Jahreswechsels in Verbindung gebracht werden. ~~Vor allem in Berlin sind kriegsähnliche Zustände~~ und Den Preis hierfür zahlen oftmals die Rettungskräfte, die an Silvester stets alarmiert und im Dauereinsatz sind. Sie müssen sich um Neujahr zu verzeichnen zahlreiche Verletzungen kümmern, die zum Teil sogar mutwillig anderen Menschen mithilfe von Böllern zugefügt werden. Die Arbeit der Rettungskräfte wird durch die gewaltvollen und chaotischen Zustände auf den Straßen dabei ganz erheblich erschwert. Die Rettungskräfte vor Ort und in den Krankenhäusern müssen durch ein Verkaufs- und Nutzungsverbot von Böllern entlastet werden.

Ä3 zu A25: Knallhartes Verbot: Verkaufs- und Nutzungsverbot von Böllern

Antragsteller*innen SB Innenstadt

Antragstext

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

insbesondere Kinder, Ältere und Menschen mit gesundheitlichen Problemen negative Auswirkungen wie Schlafstörungen oder Angstzustände erfahren. **Nicht zuletzt Menschen mit Kriegserfahrung können durch lautes Böllern und die explosionsartigen Geräusche in Angst versetzt werden.**

Ä1 zu A29: Zuverlässige Mobilität - KVB Radstationen in Randgebieten

Antragsteller*innen SB Mülheim

Antragstext

Von Zeile 5 bis 7 einfügen:

der KVB Radstationen in den Gebieten, in denen das Abstellen dieser Räder nur an Stationen möglich ist und eine generelle Aufstockung des Bestandes an Leihfahrrädern im gesamten Kölner Stadtgebiet. Teilweise sind Stadtteile wie Köln- Meschenich überhaupt nicht an das Netz angeschlossen.

Ä1 zu A30: Konzept zum Umgang mit der AfD: Kein Fußbreit den Faschist*innen

Antragsteller*innen SB Mülheim

Antragstext

Von Zeile 66 bis 67 einfügen:

4. denen die AfD beteiligt ist, und behandeln sie auch sonst nicht wie andere demokratische Parteien. Hiervon ausgenommen ist die Teilnahme an von staatlichen Organisationen ausgerichteten Podiumsdiskussionen, die aufgrund des Neutralitätsgebotes zur Einladung der AfD verpflichtet sind.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

**Ä5 zu A30: Konzept zum Umgang mit der AfD: Kein Fußbreit den
Faschist*innen**

Antragsteller*innen SB Rodenkirchen

Antragstext

Von Zeile 65 bis 67 löschen:

4. verhindern. Deshalb beteiligen wir uns nicht an Podiumsdiskussionen, an denen die AfD beteiligt ist, und behandeln sie auch sonst nicht wie ~~andere~~-demokratische Parteien.

Ä1 zu INI1: Unbekannte Beschlusslage - Antrag auf Online-Archiv

Antragsteller*innen SB Ehrenfeld — Vorstand

Begründung

Durch ein Versehen wurde unser Vorschlag als Initiativantrag deklariert. Wir reichen ihn hiermit noch einmal als Änderungseintrag zum Arbeitsprogramm ein.